

SENEGAL NACH ZWEI JAHREN REGIERUNG MACKY SALL

**STABILITÄT, BESSERE REGIERUNGSFÜHRUNG,
ABER WENIGE SICHTBARE ERFOLGE**

Andrea Kolb / Ute Bocandé

Der friedliche Machtübergang von Präsident Abdoulaye Wade zu Präsident Macky Sall im April 2012 hat bei den Menschen in Senegal hohe Erwartungen geweckt. Sie waren frustriert von der politischen Klasse unter Wade, der von 2000 bis 2012 durch diverse institutionelle Reformen kontinuierlich seine Macht ausgebaut und darüber allerdings die Belange der Bevölkerung erheblich vernachlässigt hatte. In der Folge hatten sich zahlreiche politische Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen zu einer außerparlamentarischen Opposition zusammengeschlossen. Diese boykottierte 2007 die Parlamentswahlen und rief eine Nationalkonferenz (*Assises Nationales*) ins Leben. Deren 2009 vorgestellte Lösungen für die politische Krise des Landes (*Charte de la gouvernance démocratique*) erkannte der damalige Präsident nicht an.

Als Wade 2012 für eine verfassungswidrige dritte Amtszeit kandidierte, verweigerten ihm die Wähler ihre Zustimmung. Die Senegalesen waren nicht länger bereit, sein Regime zu unterstützen und protestierten massiv im Vorfeld der Wahlen 2012, ermutigt durch die Oppositionsbewegung M23.¹ Im März erreichten sie ihr Ziel, die Abwahl des alten Präsidenten. In reduzierter Form bestehen diese Oppositionsgruppen fort und beobachten das politische Geschehen. Sie warten darauf, dass die Absichtserklärungen der neuen Regierung Sall zu Reformerfolgen führen, und verzichten bislang auf politische Proteste. Ob dies von Dauer sein kann, hängt von Macky Salls Regierungsleistung ab. Seit



Andrea Kolb leitet das Auslandsbüro Senegal/Mali der Konrad-Adenauer-Stiftung in Dakar.



Dr. Ute Bocandé ist Programmbeauftragte der Konrad-Adenauer-Stiftung in Senegal.

1 | M23 steht für Mouvement des forces vives du 23 Juin 2011 du Sénégal.

seiner Wahl vor zwei Jahren hat er in einigen Politikbereichen für Stabilität gesorgt. Dennoch zeigen sich viele Menschen enttäuscht, da sie insgesamt nur wenige Fortschritte erkennen können.

DER NEUE PRÄSIDENT: HERAUSFORDERUNGEN BEI REGIERUNGSANTRITT

Macky Sall setzte in seinem Regierungsprogramm Yonnu Yokkuté (Der Weg zum Wohlstand) fünf Prioritäten – eine landwirtschaftliche Strukturreform zur Lösung von Ernährungskrisen, Preissenkungen von Grundnahrungsmitteln, Beendigung der Energiekrise, die Beilegung des Casamance-Konfliktes und die Verschlinkung staatlicher Institutionen.² Weitere Themen auf seiner Agenda waren die Universitäts- und Schulkrise sowie die hohe Arbeitslosigkeit. Kurz nach Amtsantritt zeichnete sich eine erneute Ernährungskrise ab. Um die am schlimmsten Betroffenen zu schützen, versprach der Präsident 20 bis 25 Milliarden CFA-Franc³ (30 bis 38 Millionen Euro) an staatlichen Investitionen. Darüber hinaus wollte er 2.000 Milliarden CFA-Franc (3.500 Millionen Euro) über eine Dauer von fünf Jahren in die landwirtschaftliche Entwicklung investieren, um Ernährungskrisen langfristig vorzubeugen. Dies entspricht einem Jahreshaushalt Senegals. Im Frühjahr 2012 waren die Preise für die Grundnahrungsmittel Reis, Zucker und Speiseöl stark gestiegen. 50 Kilogramm Reis verteuerten sich beispielsweise von 18.000 (27 Euro) auf 24.000 CFA-Franc (36 Euro). Sall kündigte vorläufige Preissenkungen von zehn bis 20 Prozent an, indem die Händler solange subventioniert oder von Steuern befreit werden würden, bis eine dauerhafte Lösung gefunden wäre. Die Kosten hierfür wurden auf 50 Milliarden CFA-Franc (75 Millionen Euro) geschätzt.

Im Bereich der Energieversorgung bestand ebenfalls Handlungsbedarf. Häufige und anhaltende Stromausfälle in Industrie und Privathaushalten hatten mehrfach zu gewalttätigen Demonstrationen geführt. Mit dem so genannten

2 | Rémi Carayol, „Sénégal: les cinq priorités de Macky Sall“, *Jeune Afrique*, 10.04.2012, <http://jeuneafrique.com/Article/JA2673p024-029.xml1> [24.04.2014].

3 | Franc des Colonies françaises d'Afrique (FCFA).

Takkal-Plan⁴ wollte der ehemalige Präsident Wade die Versorgungskrise lösen. Weil das Vorhaben aber eine extrem kostspielige Anmietung von Elektrizitätswerken vorsah, musste langfristig eine andere Lösung für Senegals Energieversorgung gefunden werden.

Im Vorfeld der Wahlen 2012 wurde auch die Region Casamance wieder vermehrt Schauplatz gewalttätiger Übergriffe. Obwohl die Regierung Wade eine baldige Konfliktlösung versprochen hatte, war auch nach zwölf Jahren Präsidentschaft kein dauerhafter Frieden zu vermelden. Wades Amtsnachfolger Macky Sall kündigte an, den Konflikt offen mit allen Akteuren anzugehen, inklusive der Rebellen und der Nachbarländer Gambia und Guinea-Bissau.

Obwohl die Regierung Wade eine baldige Konfliktlösung versprochen hatte, war auch nach zwölf Jahren Präsidentschaft kein dauerhafter Frieden in der Region Casamance zu vermelden.

Als weitere Priorität seines Regierungsprogramms definierte Sall die Kostensenkung für den Regierungsbetrieb sowie eine Finanzprüfung sämtlicher nationaler Institutionen, um diesen wieder mehr Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Er kündigte an, die Regierung von 40 auf 25 Minister zu reduzieren, einige Botschaften im Ausland zu schließen und überflüssige, budgetintensive staatliche Strukturen abzuschaffen. Die hohen Telefonkosten von Regierungsangestellten (27 Milliarden CFA-Franc pro Jahr, entsprechend einem Prozent des Jahreshaushaltes der Regierung) sowie die Vielzahl von Dienstwagen im Regierungsapparat sollten reduziert werden. Eine Untersuchung, ob die Gemeinderatsvorsitzenden weiterhin Gehälter erhalten sollten, wurde angekündigt. Der Takkal-Plan, große Bauvorhaben und Privatisierungen (betroffen ist zum Beispiel die staatliche Ölgesellschaft Suneor) sollten Wirtschaftsprüfungen unterworfen, Fälle von Veruntreuung an die Justiz übergeben werden.

Politik wieder mit moralischen und ethischen Werten zu verknüpfen, stand hoch auf der Agenda Macky Salls: Korruption und Günstlingswirtschaft sollten gebannt und alle Bürger vor dem Gesetz und im öffentlichen Leben gleich behandelt werden. Zentral in dieser Hinsicht ist das Problem der Landverteilung. Wade hatte immer wieder gegen

4 | „Plan Takkal“, Société Africaine de Raffinage, <http://sar.sn/3-PLAN-TAKKAL.html> [24.04.2014].

das seit 1960 gültige Gesetz verstoßen, wonach sämtliches Ackerland dem Staat gehörte. Dadurch erhielten Khalifen der großen muslimischen Bruderschaften, in- und ausländische Investoren, aber auch Minister der Wade-Regierung umfangreichen Landbesitz. Dieser Drang nach Bereicherung provozierte Aufstände im Senegalflusstal und forderte sogar Tote.



Abdoulaye Wade mit dem damaligen französischen Präsidenten Chirac 2005: Während seiner Amtszeit durchzog der Präsident Senegals viele staatliche Institutionen mit seinem Patronage-system. | Quelle: © Philippe Wojazer, AP, picture alliance.

Die Lösung der Landfrage ist in Senegal zentral für die Schaffung eines sozialen Ausgleichs. In der Region Kedougou beispielsweise fördern multinationale Konzerne Gold, während die von ihrem Land vertriebene Bevölkerung häufig nicht entschädigt wird. In der Region Thiès sorgten Lizenzen für die Phosphat- und Kalkförderung für Unmut. Denn die Fördergesellschaften arbeiten ohne Berücksichtigung von Umweltnormen, was die Bewohner in den Abbaugebieten mit der Zunahme von Erkrankungen in Verbindung gebracht haben. Die für die Bewohner vorgesehenen Entschädigungssummen wurden bisher meist an staatliche Instanzen gezahlt und kamen der Bevölkerung nicht in vollem Ausmaß zugute.

In der Region um die Hauptstadt Dakar gibt es kaum noch einen unbebauten Quadratmeter. Das gilt selbst für den offiziell nicht bebaubaren Küstenbereich, der landesweit von Erosion bedroht ist. Der Zugang zum Meer ist in weiten

Teilen durch große Hotels und Handelszentren verbaut. Hingegen wohnt der Großteil der Menschen in extrem dicht besiedelten Vierteln, in denen häufig der Zugang zu Strom, Trinkwasser und Kanalisation fehlt.

Die Schul- und Universitätskrise⁵ hatte vor zwei Jahren ihren Höhepunkt erreicht, als Professoren und Lehrer in einem dreimonatigen Streik Gehaltserhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen forderten sowie Schüler und Studenten ein ungünstiges Schuljahr fürchteten. Macky Sall versprach Verhandlungen mit den Lehrgewerkschaften und Studentenvertretungen. Ausbildungsplätze, neue Schulen und Universitäten sollten eingerichtet werden, vor allem aber sollten die Qualität der Schul- und Berufsausbildung überprüft und angehoben sowie Arbeitsplätze geschaffen werden.⁶

Die Wade-Regierung hatte die Zahl der Grundschullehrer erhöht. Gymnasialabgänger durften nach einem nur dreimonatigen Lehrgang an Grundschulen unterrichten. So konnte einem Mangel teilweise begegnet werden, eine Verbesserung der pädagogischen und fachlichen Ausbildung war damit freilich nicht verbunden. Zudem existiert an den verschiedenen Schultypen (staatliche, muslimische und katholische Schulen) ein Parallelsystem an Lehrplänen, das zu Qualitätsunterschieden führt. An den Universitäten ist die Zahl der Studenten stark gestiegen. Ein Grundstipendium, das bisher allen Studierenden nach dem zweiten Semester zustand, verbesserte zwar den Universitätszugang. Doch hat der senegalesische Arbeitsmarkt keine ausreichenden Kapazitäten, die Absolventen entsprechend ihrer Qualifikationen aufzunehmen.

Ein Grundstipendium steht allen Studierenden nach dem zweiten Semester zu. Jedoch hat der senegalesische Arbeitsmarkt keine ausreichenden Kapazitäten, die Absolventen aufzunehmen.

Der Zugang der Bevölkerung zu Trinkwasser, die Entwicklung der ländlichen Infrastruktur und der Schutz vor Überschwemmungen fanden sich ebenso in Salls Regierungsprogramm wieder wie das Thema sozialer Frieden, der insbesondere in Dakar durch die zunehmende Kriminalität

5 | „L'Université Cheikh Anta Diop à la croisée des chemins“, *Les Cahiers d'Alternance*, Nr. 15, KAS Senegal und CESTI, Dakar, 16.07.2012.

6 | Ute Bocandé und Andrea Kolb, „Senegal: Kleine Regierung, große Wirkung?“, KAS-Länderbericht, 04/2012, <http://kas.de/senegal-mali/de/publications/30721> [24.04.2014].

bedroht war. Mit Blick auf den Gesundheitssektor wollte der neue Präsident mit einer allgemeinen Krankenversicherung für Verbesserung sorgen. Bei Amtsaufnahme sah er sich somit vor vielen Herausforderungen, für deren Bewältigung jedoch nur begrenzt finanzielle Mittel zur Verfügung standen. Aus diesem Grund rief Macky Sall unmittelbar nach seiner Wahl die bi- und multilateralen Entwicklungspartner zur Hilfe bei der Lösung der dringlichsten Probleme auf.

BILANZ NACH ZWEI JAHREN REGIERUNG SALL

Zu Beginn seiner Amtszeit widmete sich Macky Sall den drängenden sozialen Bedürfnissen seines Landes, wie im Wahlprogramm versprochen: der Ernährungskrise, den zu hohen Lebensmittelpreisen sowie der Universitäts- und Schulkrise. Heute gehören institutionelle Reformen und die neue Dezentralisierungsstrategie (Acte III) zu den zentralen Reformprojekten des neuen Präsidenten, ebenso wie die Nationale Strategie für wirtschaftliche und soziale Entwicklung mit einem Zeitrahmen für die 2013 bis 2017. Letztere basiert auf der Vision des Plan Sénégal émergent (PSE), der bis 2035 umgesetzt werden soll und die Sektoren: Transport, Energie, Landwirtschaft, Trinkwasser, Bildung, Gesundheit, Tourismus sowie Soziale Sicherung und Umweltschutz priorisiert.

Lösung der Landwirtschaftskrise

Die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen und die Vermeidung von Nahrungsmittelkrisen hängen in Senegal maßgeblich von der Landwirtschaft ab, jedoch lassen die Reformen in diesem Sektor bislang auf sich warten. Allein private Agrarunternehmen erzielen derzeit Gewinne, meist auf Kosten der Kleinbauern. Konkret haben sich im Senegaltal große in- und vor allem ausländische Agrarfirmen niedergelassen, die auf dem Land der zuvor enteigneten Bauern entlang des Senegalflusses Zuckerrohr, Tomaten und Reis anbauen. In mehreren Regionen kultivieren ausländische Unternehmen vor allem aus China, Italien und Spanien im großen Umfang Obst und Gemüse. Deren Produktion benötigt enorme Mengen an Wasser, das aus betriebseigenen Pumpwerken stammt und den Grundwasserspiegel in den umliegenden Dörfern sinken lässt, was die Arbeit der Kleinbauern zusätzlich erschwert.



Präsident Macky Sall im März 2014 in der Casamance: Das versprochene Agrarprogramm für Kleinbauern zur Förderung der Reisproduktion in der Region ist noch nicht angelaufen. | Quelle: © MAXPPP, Photo Panapress, picture alliance.

In der Region um Kaolack, Fatick und Diourbel, wo die Landwirte traditionell fast ausschließlich der vom Weltmarktpreis abhängigen Erdnussproduktion nachgehen, nutzt Suneor als einzige Ölgesellschaft ihre Monopolstellung, zahlt schlecht und lässt sich auf keine garantierten Abnahmemengen ein. Oft warten die Erdnussbauern monatelang darauf, ihre Produktion abzusetzen. Stattdessen wird minderwertiges Speiseöl unter anderem aus Brasilien für den eigenen Konsum eingeführt, während Suneor qualitativ hochwertiges Speiseöl für den Export produziert. Dies führt dazu, dass beispielsweise in Kaolack die Bevölkerung zunehmend verarmt und die Region von starker Abwanderung gezeichnet ist.

Die Preise für die Grundnahrungsmittel Reis, Zucker und Öl wurden gleich nach Regierungsantritt geringfügig gesenkt. Dies bewirkte zunächst eine Warenzurückhaltung der Händler, die durch Spekulation die Preise hochhalten wollten. Da alle Produkte Importwaren sind, konnte schließlich eine Lösung über Steuererlässe gefunden werden, die negative Auswirkungen der Preissenkungen auf den Handel ausgleichen. Allerdings besteht in einer staatlich angeordneten Senkung der Lebensmittelpreise ebenso wie in der im Januar 2014 unter Protest durchgesetzten Senkung der

Mietpreise⁷ ein Widerspruch zur liberalen Rhetorik des Präsidenten. Dieser entspräche vielmehr, wenn die Regierung gemeinsam mit Verbraucherschützern prüfte, wie sich die lokale Produktion und der Konsum lokaler Produkte fördern ließen. Macky Sall versprach ein großes Agrarprogramm zur Förderung der Reisproduktion durch Kleinbauern in der Casamance, das nicht nur zum wirtschaftlichen Aufschwung der Region, sondern auch zum Friedensprozess beitragen sollte. Bislang ist dieses Programm jedoch noch nicht angelaufen.

Dauerthema Energiekrise

Für die Sall-Regierung bleibt die Stromversorgung eine der größten Herausforderungen. Der Internationale Währungsfonds warnt, dass die defizitäre Situation im Energiesektor Senegal etwa zwei Prozent Wirtschaftswachstum im Jahr kosten könnte.⁸ Denn immer noch zahlt die Regierung Sall große Summen für Energieimporte, wodurch sie sich weiter verschuldet und importabhängig bleibt. Einerseits spricht sie von einer Energiewende, andererseits werden erneuerbare Energien – speziell die Potenziale der Solarenergie – bislang nur wenig genutzt.⁹ Hingegen bestätigte Dakar kürzlich das noch von Wade unterzeichnete Abkommen mit Seoul, wonach die Koreaner in Senegal ein Kohlekraftwerk bauen werden. Somit wird Senegal keineswegs autonomer in der Energieerzeugung, sondern verschuldet sich weiterhin durch den Kraftwerksbau und den anschließenden permanenten Import von Kohle.

Einerseits spricht die Regierung von einer Energiewende, andererseits werden erneuerbare Energien – speziell die Potenziale der Solarenergie – bislang nur wenig genutzt.

7 | „Baisse Du Loyer: Voici Le Tableau Des Nouveaux Tarifs!“, *Dernière minute*, 24.01.2014, <http://derniereminute.sn/baisse-du-loyer-voici-le-tableau-des-nouveaux-tarifs> [23.04.2014].

8 | *The Africa Report*, Nr. 56, 12/2013-01/2014 (Prognosen 2013 und 2014).

9 | Für 2017 werden 20 Prozent Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien angepeilt, derzeit sind es auf nationaler Ebene lediglich vier Prozent. Vgl. Arnaud Zagbaï, „Sénégal: Le Gouvernement sénégalais s’engage à la promotion des énergies renouvelables“, *Médiaterre*, 21.02.2014, <http://mediaterre.org/afrique-ouest/actu,20140221151823.html> [23.04.2014].

Dritte Dezentralisierungsreform und Stabilität in der Casamance

Die Dezentralisierungsreform Acte III ist ein erneuter Versuch zur Stärkung der Gebietskörperschaften, die Macky Sall mit einem erhöhten Finanzvolumen ausstatten will, um ihre Effizienz zu steigern. Folgende Veränderungen sollen die bisherige Struktur der Körperschaften vereinfachen: Aufwertung der Landgemeinden zu Gemeinden (*communalisation universelle ou intégrale*), Aufwertung der *départements* und Auflösung der diesen bislang übergeordneten Regionen (*départementalisation*) sowie Förderung der natürlichen Besonderheiten geografischer, *départements*-übergreifender Gebiete (*territorialisation*).

Der gut gemeinte Reformvorstoß ist jedoch umstritten. Er kommt zu einem Zeitpunkt, an dem die Gebietsreform von 1996 mit der Schaffung neuer Regionen und der Übertragung wichtiger Kompetenzen auf die Gebietskörperschaften gerade erste Erfolge zeitigt. Die Auflösung der Region als Gebietskörperschaft sieht vor allem die Bevölkerung der neuen und abgelegenen Regionen wie Kedougou als Rückschritt. Das der Region untergeordnete *département* scheint vielen als Gebietskörperschaft zu schwach und als Gegengewicht zur zentralen Staatsgewalt ungeeignet. Weiterhin wird kritisiert, dass eine so grundlegende Reform bis zu den Kommunalwahlen im Juni nicht korrekt ausgeführt werden und Probleme bei diesen Wahlen verursachen kann.

Die Legitimität von Präsident Sall hängt stark von der Lösung des Casamance-Konfliktes ab. Ohne dessen Beilegung resultieren daraus negative Konsequenzen für die nationale und lokale Politik. Die günstigen landwirtschaftlichen Ausgangsbedingungen in der Casamance werden nur unzureichend genutzt. Auch könnte die Region viel intensiver als Transportweg von der Küste ins Landesinnere, aber auch als Handelsroute mit benachbarten Staaten genutzt werden. Die Zivilbevölkerung kann agrarischen Aktivitäten nur eingeschränkt nachgehen, denn bewaffnete Rebellen blockieren Zugänge zu Ackerland und auch Landminen stellen eine weitere unmittelbare Gefahr dar. Längst haben sich Kriegsökonomien in den instabilen Grenzregionen zwischen Gambia, Senegal und Guinea-Bissau etabliert,

angeführt von transnationalen Drogen-, Waffen- und Menschenschmugglerbanden, die mit den Rebellengruppen in der Casamance eng verflochten sind. Daher können sich regionale Konflikte leicht auf die instabile Casamance ausdehnen.

Inzwischen hat Macky Sall eine hochrangige Beratungsgruppe eingesetzt und die Rebellenorganisation MDFC (Mouvement des forces démocratiques de la Casamance) hat sich 2013 zu Verhandlungen bereit erklärt. Auch andere Gremien wie die Gemeinschaft St. Egidio, die Kadervereinigung der Casamance, sowie weitere in- und ausländische Organisationen setzen sich diskret, aber wirksam für Friedensverhandlungen ein. Die verschiedenen

In der geplanten dritten Dezentralisierungsreform soll die Casamance als wirtschaftlich-geografisches *territoire* Pilotregion für die kommunale Selbstverwaltung werden.

Rebellengruppen werden in die Diskussionen eingebunden, mittlerweile zeigen sich fast alle Parteien bereit zu ernsthaften Friedensverträgen. In der geplanten dritten Dezentralisierungsreform Senegals (Acte III) soll die Casamance als wirtschaftlich-geografisches *territoire* Pilotregion für die kommunale Selbstverwaltung werden und somit ein gewisses Maß an Autonomie erlangen. Dies ist ein geschickter Schachzug, wenn er konsequent durchgeführt wird. Damit scheint die Konfliktlösung einen Schritt näher gerückt.

Institutionelle Reformen

Eines der ersten institutionellen Reformvorhaben Macky Salls zielte auf die Kostensenkung für den Regierungsbetrieb. Dafür schuf er eine nationale Kommission (Commission nationale de réforme des institutions, CNRI) unter Leitung des Vorsitzenden der Assises Nationales, Amadou Makhtar Mbow. Zum einen wurden 59 präsidentielle Agenturen eingestellt, ein Präsidentenflugzeug verkauft und die Botschaften und Konsulate in Madagaskar, Kuba und Indonesien geschlossen. Durch die Auflösung des Senats reduzierte Sall zum anderen die Anzahl der Regierungsmitglieder, hat aber gleichzeitig neue Posten geschaffen, sodass es gegenwärtig 34 Ministerien (und nicht die angekündigten 25) sind.¹⁰ Ebenso hat der Präsident den Wirtschafts- und Sozialrat reinstalled und um die Komponente Umwelt

10 | „Composition du gouvernement“, Regierung Senegals, <http://www.gouv.sn/Decret-no-2013-1223-du-02.html> [23.04.2014].

erweitert (Conseil Economique, Social et Environnemental), weshalb er die Ausgaben des Regierungsapparats insgesamt kaum reduziert hat.

Im Februar 2014 übergab die Kommission zur Institutionsreform CNRI ihre finalen Ergebnisse an Macky Sall.¹¹ Mehr als 150 vorgeschlagene Verfassungsänderungen zielen auf eine Entflechtung von Partei und Staat. Der Ämterhäufung soll vorgebeugt werden, die Beteiligung der Bürger und deren Handhabe, öffentliche Stellen zu kontrollieren, sollen sich verbessern. Diese Vorschläge nahmen viele Regierungsmitglieder sehr kritisch auf, denn sie liefen im Grunde auf eine neue Verfassung hinaus. Diesen Schritt wird Macky Sall vermutlich unterlassen.

Bis heute wurden die Gehälter der Gemeinderatsvorsitzenden und Bürgermeister nicht gekürzt, lediglich die Dorfchefs erhalten in wenigen Fällen Aufwandsentschädigungen.

Die staatlichen Ausgaben im Energiesektor bleiben sehr hoch. So wird das Ziel, das Haushaltsdefizit 2014 auf 4,6 Prozent des BIP zu reduzieren, nicht erreichbar sein.

Die staatlichen Ausgaben im Energiesektor bleiben ebenfalls hoch. So wird das Ziel, das Haushaltsdefizit 2014 auf 4,6 Prozent des BIP zu reduzieren, nicht erreichbar sein. Allerdings konnte die Regierung bei den Renten und Beamtengehältern sparen. Eine umfassende Untersuchung vom Frühjahr 2013 bestätigte die Vermutung, dass jahrelang Renten an verstorbene Beamte gezahlt wurden.¹² Die Überprüfung des Beamtenapparats ergab außerdem, dass hunderte Beamte Gehälter bezogen, ohne noch im Amt zu sein.

Ein bedeutendes Vorhaben der amtierenden Regierung ist die juristische Aufarbeitung von Korruptionsfällen der ehemaligen Wade-Regierung. Dazu schuf Macky Sall das Office national de lutte contre la fraude et la corruption (OFNAC) und setzte den Strafgerichtshof für illegale Bereicherung (Cour de Répression de l'Enrichissement Illicite) ein. Im April 2013 wurde Karim Wade, ein Sohn des ehemaligen Präsidenten Wade, verhaftet sowie wegen Korruption und

11 | Mehdi Ba, „Excès de zèle?“, *Jeune Afrique*, 54, 23.02.-01.03.2014.

12 | „Rapport de l'audit physique des agents de l'États: Des morts, des agents absents du Sénégal..., payés par l'Etat“, leral.net, 06.07.2013, http://leral.net/Rapport-de-l-audit-physique-des-agents-de-l-Etats-Des-morts-des-agents-absents-du-Senegal--payes-par-l-Etat_a88592.html [23.04.2014].

Veruntreuung von Staatsgeldern angeklagt. Sein Vermögen auf Auslandskonten wird auf rund 115 Millionen Euro geschätzt.¹³ Unter seinem Vater führte er gleich mehrere Ministerien (Lufttransport, Energie, Internationale Kooperation mit arabischen und asiatischen Staaten, Infrastrukturen, Territorialverwaltung), der Volksmund nannte ihn „Minister des Himmels und der Erde“. Gegen fünf weitere Minister laufen die Ermittlungen.

Ein weiterer Skandal der Ex-Regierungspartei PDS betrifft die ehemalige Ministerin Aida Ndiongue, die unter Wade rund 70 Millionen Euro veruntreut haben soll und seit Dezember 2013 inhaftiert ist.¹⁴ Ebenfalls im Gefängnis saß der ehemalige Chef des Katasteramtes, Tahibou Ndiaye. Er hat sich jedoch im August 2013 freigekauft, indem er 3,6 Milliarden von 7,9 Milliarden CFA-Franc zurückzahlte, deren Veruntreuung ihm der Strafgerichtshof für illegale Bereicherung vorgeworfen hatte. Derartige Gerichtsverfahren haben die aus der alten Regierung bestehende Opposition stark geschwächt. Ob sie noch Rückhalt besitzt, werden die Kommunalwahlen zeigen, die für Juni 2014 vorgesehen sind.

Der inhaftierte ehemalige Chef des Katasteramtes hat sich 2013 freigekauft, indem er 3,6 von 7,9 Milliarden CFA-Franc zurückzahlte, deren Veruntreuung ihm vorgeworfen wurde.

Aber auch die neue Regierung glänzt nicht mit Transparenz. Das Amt für die Vergabe öffentlicher Aufträge (Direction Centrale des Marchés Publics) warf der Sall-Regierung vor, in der zweiten Jahreshälfte 2012 24 Prozent der öffentlichen Aufträge ohne öffentliche Ausschreibung vergeben zu haben. Daraufhin entließ Sall im September 2013 im Rahmen einer Regierungsumbildung zahlreiche Minister. Der Finanzminister Amadou Kane wurde durch den ehemaligen Direktor der Steuerbehörde, Amadou Ba, ersetzt, und der Premierminister Abdoul Mbaye durch die ehemalige Justizministerin und Menschenrechtlerin Aminata Touré. Indem Macky Sall diese Galionsfiguren der Protestbewegungen in Regierungsverantwortung rief, konnte er auch das Protestpotenzial der Zivilgesellschaft weitgehend neutralisieren.

13 | Frédéric Couteau, „A la Une: Karim Wade derrière les barreaux“, *RFI*, 18.04.2013, <http://rfi.fr/emission/20130418-une-karim-wade-derriere-barreaux> [23.04.2014].

14 | Mohamed Tidiane Niaye, „L'argent présumé illicite d'Aida Ndiongue évalué à 47 milliards 675 millions“, *Agence de Presse Sénégalais*, 17.01.2014, <http://aps.sn/newsedit/spip.php?article123579> [23.04.2014].

So besteht die aktuelle politische Opposition aus den Überbleibseln der PDS und einigen zivilgesellschaftlichen Gruppen, die bislang nicht von der Koalition absorbiert wurden.

Die Wahl Aminata Tourés wurde international begrüßt. Sie hatte sich durch den Prozess gegen den ehemaligen Diktator des Tschad, Hissène Habré, und ihr Engagement für Menschenrechte einen Namen gemacht. Inzwischen wachsen jedoch die Spannungen zwischen ihr und Macky Sall. Dessen Umfeld wirft der in Senegal höchst beliebten Touré vor, den Präsidenten zu schwächen und seine Chancen auf eine Wiederwahl zu schmälern. Zu befürchten ist eine erneute Regierungsumbildung; es wäre die dritte seit Amtsantritt.

Macky Sall erntet derzeit starke Kritik aus den eigenen Reihen, weil er über ideologische Grenzen und Parteien hinweg Personen in seine Regierungskoalition aufnimmt, zum Teil in hohen Positionen. Wie sein Vorgänger ist auch der amtierende Präsident von einer breiten Parteienkoalition gewählt worden. So besteht die Regierung und auch das Präsidialamt aus Liberalen, Sozialisten und ehemaligen Kommunisten. Sall möchte an dieser moderierenden Rolle festhalten, denn seine Partei Alliance pour la République (APR) ist derzeit zu schwach, um bei den kommenden Kommunalwahlen flächendeckende Erfolge zu erzielen.

Die Anziehungskraft der Partei des Präsidenten wirkt stärker auf regionaler Ebene. Viele Lokalpolitiker versprechen sich Wahlerfolge, wenn sie in die Partei des Präsidenten wechseln. Dieses nicht unbekanntes parteipolitische Nomadentum ist auch in der Regierung Sall zu beobachten. Sowohl Politiker als auch Wähler schlagen sich gerne auf die Seite der Macht, um persönliche Vorteile zu erlangen. Außerdem richtet sich die Wahlentscheidung in Senegal primär nach bedeutenden Personen und Persönlichkeiten.

Ein parteipolitisches Nomadentum ist auch in der Regierung Sall zu beobachten. Sowohl Politiker als auch Wähler schlagen sich gerne auf die Seite der Macht, um Vorteile zu erlangen.

Das Problem der illegalen Landverteilung ist die Regierung Sall bislang nicht konsequent angegangen. Im Gegenteil, Land wird weiterhin willkürlich vergeben, beispielsweise in Diogoye und weiteren Orten im so genannten Gemüsegürtel vor Dakar, in der Region Kedougou und am Senegalfluss.

Soziale Fragen

Senegal zählt zu den ärmsten Ländern der Welt. Die Hälfte der Bevölkerung kann weder schreiben noch lesen, 46,7 Prozent der Menschen leben laut Weltbank (2011) von weniger als zwei US-Dollar am Tag¹⁵ und die Mangelernährung von Kindern hat laut Weltgesundheitsorganisation sogar zugenommen.¹⁶ Die Bevölkerung wächst jährlich um knapp drei Prozent und die Verstädterung nimmt durch Landflucht und die hohe Geburtenrate weiter zu (Tabelle 1).

Tabelle 1

Zahlen und Fakten zu Senegal

Bevölkerung	13,7 Millionen (2012)
Bevölkerungswachstum	2,9 Prozent (2012)
BIP	14,05 Milliarden US-Dollar (2012)
BIP pro Kopf	797 USD (2012)
Lebenserwartung	63 Jahre (2011)
Inflation	1,4 Prozent (2012)
Menschen unterhalb der Armutsgrenze	46,7 Prozent (2011)
Kindersterblichkeit	5 Prozent
Stadtbevölkerung	43 Prozent
Alphabetisierung Erwachsene	50 Prozent
Internationale Hilfeleistungen	1,1 Milliarden US-Dollar
Ausländische Direktinvestitionen	338 Millionen US-Dollar
Mobilfunk-Verbreitung	88 Prozent
Hauptexportprodukt	Phosphorsäure

Quellen: Eigene Zusammenstellung. Weltbank, Fn. 15;
The Africa Report, Fn. 8.

15 | Weltbank, „Sénégal“, 2012, <http://data.worldbank.org/country/senegal> [23.04.2014].

16 | Vereinte Nationen, Amt für Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, „2014 Aperçu des besoins humanitaires. Sénégal“, 11/2013, https://docs.unocha.org/sites/dms/CAP/HNO_2014_Senegal_FR.pdf [23.04.2014].

Das Bildungssystem befindet sich unvermindert in einer Krise. Die Streiks der Lehrgewerkschaften konnten zwar eingedämmt werden, und kürzlich wurde ein Abkommen mit der Regierung unterzeichnet, das Forderungen der Gewerkschaften aufgreift. Jedoch bleibt die Motivation der Lehrenden gering und das Niveau der Schulabbruchraten hoch. In jüngster Zeit wurden zahlreiche neue Grundschulen, Sekundarschulen, Gymnasien und einige Universitäten errichtet, um im Jahr 2015 zumindest die quantitativen bildungspolitischen Zielmarken der Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen. Allerdings lässt die Qualität der Bildung weiterhin zu wünschen übrig, zudem sind die Chancen auf eine Arbeitsstelle nach Schulabschluss gering.

Es gibt nur wenige staatliche Berufsschulen, die Universitätsabschlüsse entsprechen oft nicht dem Arbeitsmarktbedarf. Zahlreiche neugegründete private sowie weiterführende bzw. berufsbildende Schulen haben eher die Funktion eines Auffangbeckens für Schüler ohne Abschluss und bedeuten keinerlei Garantie für einen Arbeitsplatz. Eine staatliche Instanz zur Überprüfung der Ausbildungsqualität privater Institute existiert offiziell, jedoch können die Schulämter ihren Aufgaben aus materiellen und personellen Gründen nur ungenügend nachkommen. Macky Sall hat eine Sonderkommission zur Vorbereitung einer grundlegenden Bildungsreform zusammengestellt, die aber bislang aus Finanzierungsgründen nur bedingt aktiv geworden ist.



Dorfschule in Djirine: In den letzten Jahren wurden zahlreiche neue Schulen und einige Universitäten errichtet, um 2015 die Millenniumziele zumindest quantitativ zu erreichen. | Quelle: © KAS Senegal/Mali.

In den Sommermonaten kommt es weiterhin zu Wasserknappheit, die im September 2013 aufgrund einer Panne der städtischen Wasserversorgung Dakars ihren Höhepunkt erreichte. Wochenlang konnten die meisten Haushalte der Vier-Millionen-Hauptstadt nicht mit fließendem Wasser versorgt werden, weshalb soziale Unruhen wie bereits im Sommer 2011 drohten. Auch wenn der Schaden bald darauf behoben wurde und seither Versorgungsengpässe in Dakar ausblieben, gestaltet sich die ländliche Wasserversorgung weiterhin extrem problematisch.

Im ländlichen Raum konnte die Regierung Sall die Infrastruktur bislang nicht maßgeblich verbessern. Zwar wurden in den ersten beiden Amtsjahren neue Verbindungsstraßen zwischen größeren Städten gebaut. Nach wie vor sind zahlreiche Orte, auch Kreishauptstädte, nur über Sandpisten zu erreichen, die in der Regenzeit unbefahrbar werden. Die komplette Erneuerung und Ausdehnung des Eisenbahnnetzes, die das inländische Transport- und Versorgungsproblem teilweise lösen könnte, soll eine chinesische Kooperation übernehmen. Arbeitsplätze für Senegalesen sind damit kaum verbunden, da die chinesischen Investoren ihre Arbeitskräfte mitbringen.

Die komplette Erneuerung und Ausdehnung des Eisenbahnnetzes, die das inländische Transport- und Versorgungsproblem teilweise lösen könnte, soll eine chinesische Kooperation übernehmen.

Der zunehmenden Kriminalität in Dakar wird durch eine Verstärkung der Polizei- und des Armeekorps in Form von Kommissariaten in jedem Viertel (*commissariat de proximité*) begegnet. Trotzdem fühlen sich die Menschen insbesondere in den entlegenen Vierteln weiterhin bedroht. Sie reagieren darauf zum Beispiel mit der Bildung inoffizieller Bürgermilizen, wengleich durch deren Gewaltbereitschaft und fehlende Professionalität ein neues Problem entstanden ist, etwa wenn einzelne Fälle von Lynchjustiz bekannt werden.

Die bei Amtsantritt versprochene allgemeine Krankenversicherung (*Couverture universelle maladie, CUM*) wurde offiziell im September 2013 eingeführt, befindet sich aber aufgrund offener Finanzierungsfragen noch weitgehend im Planungsprozess. Beabsichtigt ist, die Anzahl der abgesicherten Bürger von 18 Prozent im Jahr 2010 bis auf 95 Prozent in 2017 zu heben, wie Premierministerin Touré in

ihrer Regierungserklärung im Oktober 2013 verkündete.¹⁷ Hingegen ist der informelle Sektor dabei, sich zu strukturieren, und die neu gebildete „Gewerkschaft der Informellen“ könnte auf Dauer ebenfalls eine Ausführungsagentur der allgemeinen Krankenversicherung werden.

Zwar populär, aber sehr diskutabel ist die Einsetzung des aus Lateinamerika stammenden Konzepts der Kleinrente für sozial schwache Familien (*bourse de sécurité familiale*).¹⁸ Mit dieser Maßnahme Salls erhalten bis zu 250.000 Familien, die unter der Armutsgrenze leben (fast die Hälfte der Bevölkerung), eine jährliche Zuwendung von 100.000 CFA-Franc (150 Euro). Diese Gabe bewerten viele Beobachter im Jahr der Kommunalwahlen als Wahlkampf-taktik und nicht als ernsthafte Lösung: Erstens kann keine Familie mit 150 Euro ihre finanziellen Probleme dauerhaft lösen und Investitionen tätigen. Und zweitens stammt die Finanzierung aus dem Bildungsetat, so dass nun viele Studenten auf ihr Mindeststipendium verzichten müssen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und breiten Bevölkerungsschichten zugänglich zu machen, verfolgt die Regierung Sall mit der Stratégie Nationale de Développement Economique et Social einen integrativen Ansatz. Das Prinzip des „inklusive Wachstums“ findet größere Berücksichtigung als bei der Vorgängerregierung. Es soll die absolute Armut reduzieren und soziale Unterschiede verringern. Bislang führte dieser Ansatz jedoch zu keinen Ergebnissen. Laut Weltbank konsumieren immer noch die oberen zwei Zehntel der Gesellschaft die Hälfte der Güter und Dienstleistungen im Land.¹⁹

Das Prinzip des „inklusive Wachstums“ findet größere Berücksichtigung als bei der Vorgängerregierung. Es soll die absolute Armut reduzieren und soziale Unterschiede verringern.

17 | „L'intégralité de la déclaration de politique générale du PM Aminata Touré“, *Le Soleil*, 28.10.2013, http://lesoleil.sn/index.php?option=com_content&view=article&id=33040 [23.04.2014].

18 | „La bourse de sécurité familiale“, Regierung Senegals, <http://www.gouv.sn/La-bourse-de-securite-familiale.html> [23.04.2014].

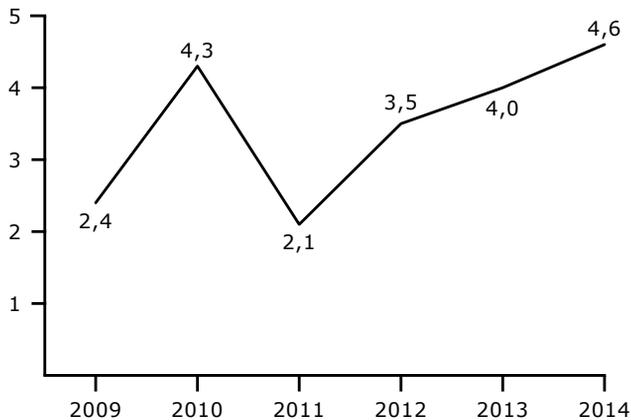
19 | Groupe Consultatif 2014, *Evaluation quantitative du DSRP-II – Dynamique de la pauvreté monétaire*, 24.-25.02.2014, 10, <http://www.gcsenegal.gouv.sn/docs/GC2014-012%20-%20Note%20-%20Evaluation%20quantitative%20du%20DSRP-II.pdf> [23.04.2014].

Eine entscheidende Rolle für die soziale Ungleichheit spielt auch die regionale Verteilung öffentlicher Ausgaben.

Das Wirtschaftswachstum fällt nach wie vor gering aus, ist jedoch stabil.²⁰ Bis 2017 beabsichtigt die Regierung, das Wachstum auf sechs Prozent zu erhöhen²¹ – ein sehr ambitioniertes Vorhaben. Aufgrund ausreichender Regenfälle und landwirtschaftlicher Erträge und eines zunehmenden Abbaus von Rohstoffen und des Exports von Obst, Gemüse und Meeresprodukten konnte Senegal seine Ausfuhren 2013 um 18,6 Prozent steigern, was zugleich die ohnehin beachtliche Importrate (20,4 Prozent) im Dezember 2013 erhöhte. Global gesehen jedoch ging die Ausfuhrate im Jahre 2013 um 0,7 Prozent zurück, auch die Importrate sank um 0,4 Prozent.²²

Abb. 1

**Wirtschaftswachstum in Senegal 2009 bis 2014
in Prozent**



Quellen: Eigene Darstellung. ANSD, *Situation Économique et Sociale du Sénégal en 2011*, 02/2013, http://www.ansd.sn/publications/annuelles/SES_2011_def.pdf [30.04.2014]; Direktion für Voraussagen und Wirtschaftsstudien (DPEE), *Situation Économique et Financière en 2013 et Perspectives 2014*, 11/2013, 3-4, http://www.dpee.sn/IMG/pdf/sef_2013_perspectives_2014.pdf [30.04.2014].

20 | Fn. 15; Fn. 8.

21 | Regierungserklärung der Premierministerin im Oktober 2013. Fn. 19.

22 | Nationales Amt für Statistik und Demografie Senegals (ANSD), *Repères Statistiques Decembre 2013*, 12/2013, 7, http://www.ansd.sn/publications/conjoncturelles/ReperStat/ReperStat_12_13.pdf [30.04.2014]; Fn. 15.

Mindestens zwei Drittel der ökonomischen Leistungen erwirtschaftet nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds und der französischen Generaldirektion der informelle Sektor.²³ Im *Doing Business Report* der Weltbank verschlechterte Senegal 2014 seinen Platz von 176 auf 178 von insgesamt 189 Staaten.²⁴ Insbesondere Unternehmensgründungen scheitern häufig an bürokratischen Hürden, das Insolvenzrecht ist schwach ausgeprägt und der grenzüberschreitende Handel gestaltet sich schwierig. Hinzu kommt, dass die kapitalschwache Gesellschaft kaum Mittel für unternehmerische Tätigkeiten besitzt. Ihr Einkommen deckt in der Regel bestenfalls den Eigenbedarf.

Senegal bleibt abhängig von Auslandsanleihen mit meist kurzen Laufzeiten. Um wichtige Infrastrukturprojekte langfristig zu finanzieren, kündigte die Regierung im Juni 2013 an, eine Euro-Markt-Anleihe in Höhe von 500 Millionen US-Dollar mit zehn Jahren Laufzeit aufzunehmen.²⁵ Zudem steigerten die internationalen Geber in Folge des Regierungswechsels 2012 ihre ODA-Mittel um sieben Prozent (2013). Im Februar 2014 hat Macky Sall beim Gebertreffen der eigens initiierten Pariser Advisory Group seinen Plan *Sénégal émergent* (PSE) vorgestellt, für dessen Umsetzung er mit über in Aussicht gestellten 3,7 Milliarden CFA-Franc (56 Millionen Euro)²⁶ doppelt so viel Zusagen erhielt wie nötig gewesen wären. Damit würde seine Regierung über genügend finanzielle Mittel verfügen, um die Entwicklungspläne mittelfristig umzusetzen.

23 | Fn. 8; Ministerium für Wirtschaft und Finanzen Frankreichs, „Sénégal“, Trésor, <https://www.tresor.economie.gouv.fr/pays/senegal> [23.04.2014].

24 | Weltbank, *Doing Business 2014. Economy Profile: Senegal*, 11. Ausgabe, 2013, <http://doingbusiness.org/data/explore/economies/senegal/~media/giawb/doing%20business/documents/profiles/country/SEN.pdf> [23.04.2014].

25 | Souleye Seneko, „Marchés Internationaux: Le Sénégal Veut Lever 500 Millions De Dollars“, Senecoplus, <http://senecoplus.com/marches-internationaux-le-senegal-veut-lever-500-millions-de-dollars> [23.04.2014].

26 | „Plan Sénégal émergent: Les bases d'un programme ambitieux“, leral.net, 16.02.2014, http://leral.net/Plan-Senegal-emergent-Les-bases-d-un-programme-ambitieux_a106573.html [23.04.2014]; vgl. „Press Review – Admiring logs results to the Advisory Group Paris“, Allodakar, 25.02.2014, <http://allodakar.com/?p=4018&lang=en> [23.04.2014].

Um den Wettbewerb im Kommunikationssektor zu fördern, hofft die Regierung auf den Markteintritt eines vierten Mobilfunkanbieters (neben Orange, Expresso und Tigo): Sudatel, deren Gründer jedoch derzeit aufgrund einer Anklage wegen Korruption und Hinterziehung im Gefängnis sitzt. Von der Wade-Regierung angefangene Infrastrukturprojekte wie der neue Flughafen in Diass, 45 Kilometer südlich von Dakar, führt die gegenwärtige Regierung weiter.

Der Bergbau-Konzern Arcelor Mittal unterzeichnete 2007 mit Senegal ein Abkommen für den Abbau von Eisenerz, hat aber krisenbedingt sein Vorhaben nicht weiter verfolgt.

Andere Vorhaben, wie ein großes Bergbauprojekt, liegen hingegen seit Jahren auf Eis. Der Bergbau-Konzern Arcelor Mittal unterzeichnete 2007 mit Senegal ein Abkommen für den Abbau von Eisenerz, hat aber im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise sein Vorhaben nicht weiter verfolgt. Daraufhin wollte ihm die Regierung die Abbaurechte der Eisenerzvorkommen in Falémé entziehen, wogegen der Konzern klagte. Im September 2013 hat die Regierung den Streitfall für sich entschieden und könnte nach neuen Investoren Ausschau halten.

Gleich nach seiner Wahl hatte Macky Sall den Kampf gegen die illegale Fischerei durch ausländische Schiffe zu einer Priorität erklärt, die maßgeblich für die Überfischung vor der Küste Westafrikas verantwortlich ist. In einem Bericht von 2012 schätzte die Organisation Greenpeace die von ausländischen Schiffen illegal gefischten Mengen allein vor Senegal auf 125.000 Tonnen pro Jahr, das sind etwa 28 Prozent des senegalesischen Fischfangs. So haben die Behörden im Januar 2014 das an der Südküste Senegals unerlaubt fischende russische Fabrikschiff Oleg Neydanow in Gewahrsam genommen. Die Behörden werfen der Besatzung vor, wiederholt illegal in der exklusiven Wirtschaftzone (EWZ) Senegals gefischt zu haben, und verlangen die Zahlung von Bußgeldern.²⁷

Die Fischerei hat unterdessen durch die im Oktober 2013 eröffnete Société de Conserverie en Afrique des südkoreanischen Unternehmens Dongwon einen neuen Aufschwung erfahren. Die Gesellschaft hat 13,2 Milliarden CFA-Franc (20 Millionen Euro) investiert, um speziell den Fang von Tunfisch wieder aufzunehmen.

27 | Markus M. Haefliger, „Krach zwischen Senegal und Russland“, *Neue Zürcher Zeitung*, 21.01.2014, <http://nzz.ch/-1.18225385> [23.04.2014].

Regionale Verantwortung

Senegal bleibt weiterhin ein Stabilitätsfaktor in der politisch unruhigen und durch soziale Disparitäten geprägten Region Westafrikas, wobei Macky Sall durchaus Verantwortungsbewusstsein für regionale Fragen aufbringt. International ist das relativ kleine Land nach wie vor überproportional in internationalen Organisationen und Missionen vertreten. So entsandte die senegalesische Regierung Anfang letzten Jahres 500 Soldaten nach Mali, um die westafrikanische Eingreiftruppe der ECOWAS zu unterstützen. Ein internationaler Erfolg war die Errichtung eines Gerichtshofs für das Verfahren gegen Hissène Habré, den ehemaligen Diktator des Tschads,²⁸ was mit Unterstützung der Afrikanischen Union im Februar 2013 erfolgte.

Auch in die seit Jahren festgefahrenen Verhandlungen um die Wirtschaftspartnerschaften (WPA) mit der EU hat Macky Sall neuen Schwung gebracht. Als gewählter Verhandlungsführer der ECOWAS-Länder²⁹ hat er im Februar einen Kompromiss zwischen den Partnern herbeigeführt. Die ECOWAS-Länder haben sich zu einer Marktöffnung zu 75 Prozent auf 20 Jahre bereit erklärt, und die EU will ihre Subventionen auf Exportgüter nach Westafrika einstellen und darüber hinaus die Region vor allem im Infrastruktur- und Energiebereich finanziell begleiten.³⁰

WEITERER HANDLUNGSBEDARF UND ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN

Senegals Zukunft liegt in der wirtschaftlichen Entwicklung, die auch soziale Sicherung mit sich bringen muss. Hierfür fehlt es allerdings an einem adäquaten Wirtschaftsmodell, das auf die Gegebenheiten eines afrikanischen Entwicklungslandes zugeschnitten und in der Lage ist, Gewinne umzuverteilen und Armut zu reduzieren. Ein solches Modell fehlt auch im PSE, der 20-Jahres-Strategie der jetzigen Regierung. Ihrem Anspruch an ein inklusives Wachstum würde die neue Regierung gerecht, indem sie eine

28 | Habré hatte nach seinem Sturz 1990 in Senegal unter Wade Asyl erhalten, wurde aber im Juni 2013 verhaftet.

29 | Länder der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (Economic Community of West African States, ECOWAS).

30 | „Le compromis sur les APE trouvé sous la supervision de Macky Sall“, *Le Soleil*, 25.03.2014.

öffentliche, politische Debatte über ein angemessenes Wirtschaftsmodell in Senegal führte.

Die muslimische Gemeinschaft ist hochgradig organisiert. Ungefähr 84 Prozent der Gläubigen gehören einem der zwei großen Sufi-Orden an.

Die Rolle der Religion und ihren zunehmenden Einfluss auf die Politik muss die Regierung ebenso ernst nehmen. Die muslimische Gemeinschaft (94 Prozent der Bevölkerung)

ist hochgradig organisiert. Ungefähr 84 Prozent der Gläubigen gehören einem der zwei großen Sufi-Orden an (Mouriden und Tijanen), Christen machen fünf bis sechs Prozent der Bevölkerung aus. Darüber hinaus bezeichnen sich viele Gläubige als Anhänger traditioneller Religionen, die parallel zum Islam oder Christentum ausgeübt werden. Das Zusammenleben verschiedener Religionen verläuft in Senegal bislang weitgehend friedlich. Allerdings nehmen fundamentalistische Auslegungen des Islams zu, zumal in den letzten zehn Jahren vermehrt arabische Geber in islamische Bildung, religiöse Gebäude und karitative Einrichtungen investierten. Der Sahelstaat Senegal grenzt zudem an Länder, in denen islamistische Terroristen agieren.

Obwohl der senegalesische Staat eigentlich laizistisch organisiert ist, üben religiöse Akteure bereits seit Präsident Senghor Einfluss auf die Politik aus. Insbesondere die zwei großen muslimischen Ordensgemeinschaften haben enge Verbindungen zur politischen Elite. So beschenkt der Staat beispielsweise die Mouriden-Stadt Touba mit Infrastrukturprojekten, während er christliche Minderheiten in einigen Städten am Bau von Kirchen hindert. Die Regierung Sall muss dafür sorgen, dass die religiöse Einflussnahme auf Politik, Gesellschaftsordnung und Bildung die Religionsfreiheit nicht gefährdet.

Dabei ist der Einfluss der gemäßigten sufistischen Bruderschaften weniger beunruhigend wie das Ansteigen fundamentalistischer und extremistischer islamischer Bewegungen. Allein die zahlreichen Absolventen arabischer Schulen und Hochschulen stehen meist ohne Berufseinstiegsmöglichkeiten da und geraten, durch die arabischen Ideologien geprägt, leicht in Versuchung, diesen Bewegungen beizutreten. Dies geschieht immer häufiger, und Experten sprechen von einer Dunkelziffer von mehreren Tausend versteckter islamischer Extremisten bzw. zum Extremismus bereiter Gläubiger in Senegal.

Neben dem Faktor Religion spielt auch die Geschlechtergerechtigkeit in Senegals Entwicklung eine Rolle. Die Benachteiligung von Frauen ist noch immer im senegalesischen Familiengesetz verankert, eine Harmonisierung des Familiengesetzes mit den unterzeichneten internationalen Abkommen zur Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Frauen steht noch aus. Zwar hat es zahlreiche regulative Maßnahmen zur Gleichberechtigung gegeben, jedoch ist die Benachteiligung von Frauen noch immer nicht nur ein Entwicklungshemmnis, sondern auch eine Frage der Menschenrechte. Insbesondere auf dem Land haben Frauen noch immer einen erschwerten Zugang zu politischen Institutionen, werden häufig vor dem Erwachsenenalter verheiratet und leiden oftmals unter häuslicher Gewalt. Männer können gesetzlich geregelt bis zu vier Frauen heiraten und verfügen ihnen gegenüber über grenzenlose Macht, der sich die Frauen meist wehrlos ergeben.

Womit sich Präsident Sall ebenfalls auseinandersetzen muss, sind die ungelösten territorialen Dispute. Der Casamance-Konflikt ist nicht der einzige in Senegal. Insgesamt gefährden Konflikte in den Grenzregionen zu Gambia und Guinea, lokale Konflikte in der Region Kédougou und regionale Einflüsse aus dem Sahel die Stabilität Senegals. Konstruktive Strategien zur Krisenprävention sind daher erforderlich. Je eher sie kommen, desto besser.

Macky Salls angekündigte Reformen befinden sich weitgehend im Planungsprozess. Dazu zählt, die Amtszeit des Präsidenten nach einer Verlängerung durch Präsident Wade wieder auf fünf Jahre zu verkürzen. Im Februar hat Sall in Paris angekündigt, genau diesen Schritt nun vollziehen zu wollen. Zu seiner größten Aufgabe gehört indessen, die Legitimität des Staates wiederherzustellen. Gelingt ihm das nicht, könnte dies erstens seine Wiederwahl und zweitens die demokratische Entwicklung des Landes negativ beeinflussen. Die Menschen wollen aber zunehmend materielle Ergebnisse sehen. Und nicht zuletzt daran werden sie ihren Präsidenten bei den nächsten Wahlen messen.